

Landratsamt Alb-Donau-Kreis • Postfach 28 20 • 89018 Ulm

Landratsamt Alb-Donau-Kreis  
Fachdienst Abfallwirtschaft  
Herrn Knut Nägele

Bearbeiterin/Bearbeiter:

**Fabian Miller**

Umwelt- und Arbeitsschutz

Zimmer 1G-11

**Telefon: 0731 185-1565**

**Telefax: 0731 185221565**

**E-Mail:**

fabian.miller@alb-donau-kreis.de

Unser Aktenzeichen:

**32/700.76**

**26. März 2020**

Buchungszeichen	Zahlungsbetrag
<b>5.1216.000051.2</b>	<b>300,00 EUR</b>
Bitte bei Zahlung immer angeben	

## **Wasserrechtliche Erlaubnis für die Einleitung von Sickerwasser der Deponie „Roter Hau II“ in den Weiherbach, Flurstück 3194, Stadt Ehingen, Gemarkung Kirchen**

Sehr geehrter Herr Nägele,

auf Ihren Antrag vom 26.11.2019 zur Einleitung von Deponiesickerwasser der Deponie „Roter Hau II“ in Ehingen in den Weiherbach ergeht folgende

### **Entscheidung**

- 1.1 Die **wasserrechtliche Erlaubnis** gemäß § 8 Abs. 1 Wasserhaushaltsgesetz (WHG) i.V.m. § 9 Abs. 1 Ziffer 4 WHG für die Einleitung des Sickerwassers von der Deponiefläche der Deponie „Roter Hau II“ mit einer Größe von 14.096 m<sup>2</sup> (Bestand + geplante Umwidmung) in den Weiherbach, Flurstück 3194, Stadt Ehingen, Gemarkung Kirchen, wird erteilt.
- 1.2 Die gedrosselte Einleitungsmenge ins Gewässer beträgt 0,7 l/s.
- 1.3 Diese Entscheidung ersetzt die wasserrechtliche Erlaubnis vom 02.03.2016.
- 2 Für diesen Bescheid wird eine Gebühr in Höhe von **300,00 EUR** erhoben.

### 3 Antragsunterlagen

Dieser Entscheidung liegen nachfolgende mit Dienstsiegel und Anlagenvermerk des Landratsamts versehene Antragsunterlagen zugrunde, die gleichzeitig Bestandteil dieser Entscheidung sind.

#### 3.1 Planunterlagen des Landratsamtes Alb-Donau-Kreis, Fachdienst Abfallwirtschaft, aufgestellt am 26.11.2019:

- Erläuterungsbericht
- Variantenuntersuchung Mauthe Ingenieure
- Lageplan
- Entwässerungsplan Sickerwasserleitung
- Schnitt Sickerwasserleitung
- Schnitt Umwidmung
- Drossel- und Messschacht
- Sickerwasseranalyse
- Gutachten Büro Henke (Filtermaterial)

#### 3.2 Antragsunterlagen der Entscheidung vom 02.03.2016

### 4 Nebenbestimmungen (Befristung, Auflagen)

Die nachfolgend definierten Auflagen sind bei Durchführung der beantragten Benutzung zu beachten und einzuhalten:

#### 4.1 Die Erlaubnis ist stets widerruflich und bis **31.12.2034** befristet.

##### **Herstellung der Anlagen**

#### 4.2 Die Anlagen sind plan-, bedingungs- und auflagengemäß zu erstellen. Bei unwesentlichen Änderungen sind der unteren Wasserbehörde Bestandspläne vorzulegen. Wesentliche Abweichungen sind der unteren Wasserbehörde unverzüglich anzuzeigen.

##### **Betrieb, Unterhaltung und Wartung der Anlagen**

#### 4.3 Die Einleitungsstelle ist regelmäßig freizuschneiden und auf deren Funktionsweise zu überprüfen. Die Unterhaltung ist durch den Betreiber durchzuführen.

#### 4.4 Die Abwasseranlagen sind grundsätzlich ständig in Betrieb zu halten. Liegen zwingende Gründe vor, den Betriebsablauf der Anlage oder Teilabläufe auch nur kurzfristig zu unterbrechen, so ist vorher die untere Wasserbehörde zu verständigen.

#### 4.5 Der Anlagenbetreiber ist für den ordnungsgemäßen Betrieb der Abwasseranlagen verantwortlich.

- 4.6 Unterhaltungsarbeiten, die infolge von Abwassereinleitungen an der Einmündungsstelle oder unterhalb davon erforderlich werden, gehen zu Lasten des Antragstellers und müssen im Einvernehmen mit der unteren Wasserbehörde durchgeführt werden.
- 4.7 Im Falle einer Havarie ist die Leitung zum Retentionsfilterbecken durch den Schnellverschluss im Bereich des Vorschachtes umgehend zu trennen, damit das Sickerwasser im Sickerwasserpufferbecken verbleibt. Das belastete Sickerwasser ist dann durch Tankwagen abzufahren.
- 4.8 Sollte die Trennung der Leitung im Falle einer Havarie nicht mehr möglich sein, ist der Ablauf des Retentionsfilterbeckens durch die geplante Drossel zu verschließen, damit ein Abfließen von belastetem Abwasser in den Weiherbach vermieden wird.
- 4.9 Es ist eine regelmäßige Beprobung des abzuleitenden Sickerwassers im Drossel- und Messschacht nach Anhang 51 Abwasserverordnung, Abschnitt C wie folgt durchzuführen:

**In den ersten 2 Jahren nach der Umwidmung – vierteljährlich, ab dem 3. bis zum 5. Jahr – halbjährlich und ab dem 6. Jahr – jährlich.**

Die Protokolle der Beprobungsergebnisse sind der unteren Wasserbehörde auf Verlangen vorzulegen.

## 5 **Begründung**

Die Deponie „Roter Hau“ (Deponieklasse I), wurde von der Stadt Ehingen bis Februar 1991 als Erdaushub- und Bauschuttdeponie betrieben. Seit 01.03.1991 ist der Alb-Donau-Kreis Träger und Betreiber der Deponie. Das Sickerwasser aus dem Bauschuttteil der Deponie wird am Deponiefuß über Kontrollschächte in ein unterirdisches Sickerwasserpufferbecken mit einem Füllvolumen von 35 m³ eingeleitet. Von dort aus wird es durch den Vorschacht des Sickerwasserpufferbeckens in eine weitere Reinigungsstufe (Retentionsfilterbecken) eingeleitet. Aufgrund der geplanten Umwidmung einer Teilfläche von DK 0 in DK I erhöht sich der Anfall an Sickerwasser geringfügig. Da die bisherige wasserrechtliche Erlaubnis vom 02.03.2016 diese zusätzliche Deponiefläche nicht umfasst, wurde für die Einleitung des zusätzlich anfallenden Sickerwassers die wasserrechtliche Erlaubnis beantragt. Der Drosselabfluss ins Gewässer und das Filterbecken bleiben unverändert, es wird lediglich der maximale Einstau des Beckens erhöht. Abgesehen von einer geringen baulichen Anpassung innerhalb des Drosselschachtes sind an den Abwasseranlagen keine baulichen Maßnahmen notwendig.

### Rechtliche Würdigung

Das Einleiten von Stoffen in Gewässer ist eine Benutzung gemäß § 9 Abs. 1 Ziffer 4 WHG. Die Benutzung eines Gewässers bedarf der Erlaubnis oder Bewilligung, soweit nicht durch dieses Gesetz oder auf Grund dieses Gesetzes

erlassener Vorschriften etwas anderes bestimmt ist (§ 8 Abs. 1 WHG). Da der im Tenor (Ziffer 1 der Entscheidung) aufgeführte Benutzungstatbestand nicht unter den erlaubnisfreien Gemeingebrauch im Sinne von § 25 WHG fällt, bedarf dieser der wasserrechtlichen Erlaubnis. Nach § 12 Abs. 1 WHG ist die Erlaubnis zu versagen, wenn schädliche, auch durch Nebenbestimmungen nicht vermeidbare oder nicht ausgleichbare Gewässerveränderungen zu erwarten sind oder andere Anforderungen nach öffentlich-rechtlichen Vorschriften nicht erfüllt werden.

Da durch die geplante Gewässerbenutzung die im Wasserhaushaltsgesetz definierten Bewirtschaftungsziele nicht gefährdet werden, durch die Gewässerbenutzung auch keine erheblichen Nachteile für andere zu erwarten sind, konnte das Landratsamt Alb-Donau-Kreis nach pflichtgemäßem Ermessen (Bewirtschaftungsermessen) die wasserrechtliche Erlaubnis erteilen (§ 12 Abs. 2 WHG). Das Erlaubnisverfahren haben wir ohne öffentliche Bekanntmachung durchgeführt, da durch die Gewässerbenutzung keine erheblichen Nachteile für andere zu erwarten sind (§ 93 Abs. 3 Nr. 2 WG).

Die Befristung entspricht dem Datum der wasserrechtlichen Entscheidung vom 02.03.2016.

#### Zuständigkeit

Das Landratsamts Alb-Donau-Kreis, untere Wasserbehörde, ist zur Erteilung dieses Bescheides örtlich und sachlich zuständig (§ 3 Abs. 1 Nr.1 LVwVfG, § 80 Abs. 1 S. 1 in Verbindung mit § 80 Abs. 2 Nr. 3. WG).

### **6 Begründung der Gebührenentscheidung**

Die Gebühr setzen wir nach der Gebührenverordnung des Landratsamts Alb-Donau-Kreis vom 27. Juni 2005 in Verbindung mit Nr. 32.0201 des Gebührenverzeichnisses des Landratsamts Alb-Donau-Kreis vom 10. Juni 2015, in der jeweils geltenden Fassung, fest.

Die Gebühr ist mit Bekanntgabe dieses Bescheids fällig. Bitte überweisen Sie den Betrag von **300,00 EUR** unter Angabe des Buchungszeichens 5.1216.000051.2 auf das Girokonto der Kreiskasse Alb-Donau-Kreis IBAN DE67 6305 0000 0000 0000 24, BIC SOLADES1ULM.

Wird die Gebühr nicht innerhalb eines Monats nach Fälligkeit entrichtet, wird für jeden angefangenen Monat der Säumnis ein Säumniszuschlag von 1 vom Hundert des rückständigen, auf volle 50 € nach unten abgerundeten Betrages erhoben.

### **7 Rechtsbehelfsbelehrung**

Gegen diese Entscheidung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Widerspruch beim Landratsamt Alb-Donau-Kreis in 89077 Ulm, Schillerstraße 30 erhoben werden.

**8 Hinweise**

- 8.1 Um einen nahtlos rechtmäßigen Zustand hinsichtlich der Gewässerbenutzung sicherzustellen, sollte der Antrag auf Neuerteilung der Erlaubnis bis spätestens **31.12.2033** gestellt werden.
- 8.2 Auf die geltenden DIN-Vorschriften wird hingewiesen sowie auf die Haftung für die Änderung der Wasserbeschaffenheit (§ 89 WHG).
- 8.3 Diese Entscheidung gilt auch für und gegen einen eventuellen Rechtsnachfolger.
- 8.4 Diese Entscheidung ergeht unbeschadet privater Rechte Dritter.
- 8.5 Die Veränderung des Abwassers und/oder die Erhöhung der Abwassermenge und/oder eine etwaige Änderung der Abwasseranlagen bedürfen einer neuen Erlaubnis.

Mit freundlichen Grüßen

Fabian Miller

**Anlagen:**

Planheft

**Verteiler:**

Antragsteller (1. Fertigung)

Untere Wasserbehörde (2. Fertigung)

Stadt Ehingen (nur Entscheidung)